

TOP 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung Norbert Bötzel eröffnet um 20:06 Uhr die 29. Sitzung der Gemeindevertretung. Er begrüßt die Anwesenden, stellt fest, dass mit der Einladung vom 10.07.14 form- und fristgerecht eingeladen wurde und durch die Anwesenheit von 20 Gemeindevertretern Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden auf Befragen nicht gestellt. Damit gilt die bekannt gegebene und mitgeteilte Tagesordnung als angenommen.

Vors. Bötzel weist auf die ausliegenden Tisch- u. Beschlussvorlagen zu den TOPen 3 + 4 hin und bittet um entsprechende Beachtung.

TOP 2 Mitteilungen des Gemeindevorstandes/Bürgermeisters

2.1 Auftragsvergaben

2.1.1 Neubau Kindertagesstätte Rennertehausen

Die Landschaftsbauarbeiten an der Außenanlage übernimmt eine Fachfirma aus Hatzfeld zum Brutto-Angebotspreis von **118.144,81 €**.

Der Auftrag für Tischlerarbeiten wurde einem Fachbetrieb aus Berghofen zum Brutto-Angebotspreis von **68.169,15 €** erteilt.

2.1.2 Kita Allendorf (Eder)

Landschaftsbau- und Isolierungsarbeiten

Eine Fachfirma aus Medebach-Dreislar wurde zum Brutto-Angebotspreis von **53.381,67 €** beauftragt.

Lieferung und Einbau von Spielgeräten

Der Auftrag wurde an ein Fachunternehmen aus Sehlen zum Preis von **29.107,40 €** brutto vergeben.

2.2 Sonstiges

2.2.1 Einweihung Mehrgenerationenpark

Bürgermeister Junghenn weist auf die bereits versandte Einladung zur Einweihung des Mehrgenerationen-Fitness-Parks am Freitag, 01.08.2014, 16:00 Uhr, und bittet um möglichst zahlreiche Teilnahme.

2.2.2 Waldbegang

Bürgermeister Junghenn teilt mit, dass der diesjährige Waldbegang am Freitag, 12.09.2014, ab 16:00 h stattfinden wird und bittet um Vormerkung des Termins.

TOP 3 Elternbeiträge Kindertagesstätten

Vorsitzender Norbert Bötzel verweist auf die ausführliche begründende Sitzungsvorlage, die am 16. d. M. stattgefundenen Sitzung des HFAs und des A-FSSK und die ausliegende Tischvorlage mit der Beschlussempfehlung von HFA und A-FSSK.

Danach erteilt er dem Vors. des HFAs, Jürgen Hoffmann, das Wort.

HFA-Vors. Hoffmann erklärt, dass in der gemeinsamen Sitzung das Thema beraten wurde. Seitens der beiden Kirchenvorstände der Kirchengemeinden Allendorf und Battenfeld waren Vorschläge sowohl für die Beitragsgestaltung als auch die Betreuungszeiten (Modul-Modell) vorgelegt und vom Gemeindevorstand mit kleinen Änderungen empfohlen worden.

Obwohl man in den Ausschüssen gewusst habe, mit den geringen Erhöhungen das bestehende Defizit nicht ausgleichen zu können, sei trotzdem länger diskutiert worden. Bis auf die moderate Erhöhung um 5,00 € bei der Ganztagesbetreuung, die eigentlich auch nur eine „symbolische Angleichung“ sei, habe man sich den Vorschlägen der Kirchengemeinden angeschlossen. Der HFA empfehle mehrheitlich die Annahme nachstehenden Beschlussvorschlages:

Im Anschluss hieran spricht der Vors. des Ausschusses für Familie, Soziales, Sport und Kultur, Heinz Kraus, die einstimmige Beschlussempfehlung seines Gremiums aus.

Astrid Huhn, BLO, erläutert in Kurzform das KIFÖG und die mit dessen Inkrafttreten für viele Kindertagesstätten erforderliche Einführung von Betreuungsmodulen sowie die damit einhergehende Veränderung des Personalbedarfs.

Sie sagt, dass sich die hier vorgeschlagene Beitragserhöhung im moderaten Rahmen und sich Allendorf als familienfreundliche Kommune im Vergleich mit anderen im unteren Bereich bewege. Die BLO werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Nach kurzen Wortbeiträgen von Klaus Hofmann, Bürgermeister Junghenn, Michaela Ackermann, und Erhard Pauly, der u. a. ausführt, dass die gute Arbeit der ErzieherInnen nicht kostenlos zu haben sei und gewürdigt werden müsse, zitiert Jürgen Kubitzek noch den ehemaligen Pfarrer Fey, Battenfeld, der einmal gesagt habe: „Die Kindergartenbetreuung ist für die Eltern billiger als für einen Tag ein Parkplatz für das Auto auf dem Landratsamtsparkplatz in Frankenberg“.

Danach lässt Vors. Bötzel über die auch als Tischvorlage ausliegende Beschlussempfehlung abstimmen.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt die Kindergartenbeiträge inkl. der Betreuungsmodule zum 01.08.2014 wie folgt:

Zeit	Wochen- stunden (Std.)	Beiträge alt Kita / Krippe €	Beiträge neu Kita / Krippe €
7.00 – 16.30 Uhr	47,5	85,00 / 130,00	115,00 / 150,00
2x 7.30 – 12.30 Uhr 3x 7.30 – 16.30 Uhr	37		95,00 / 130,00
7.00 – 14.30 Uhr	37,5		95,00 / 130,00
7.30 Uhr – 12.30 Uhr	25	75,00 / 115,00	80,00 / 120,00
Gastkindregelung außerhalb des Betreuungsvertrags: max. 1x pro Woche			
12.30 – 14.30 Uhr	+ 2 Stunden		+ 3,00
12.30 – 16.30 Uhr	+ 4 Stunden		+ 5,00

**Abstimmung: 19 Ja-Stimmen
 1 Enthaltung**

TOP 4 Wahl der Verbandsmitglieder der Gemeinde Allendorf (Eder) für die Verwaltungsgemeinschaft Allendorf / Bromskirchen

Vors. Norbert Bötzel verweist auf die erläuternde Sitzungsvorlage, die mit der Einladung zugestellt wurde; außerdem auf die ausliegende Tischvorlage mit dem gemeinsamen Wahlvorschlag der Fraktionen CDU, BLO u. SPD.

Er erklärt weiter, dass gem. § 55 Abs. 2 HGO die Wahl durch Handaufheben offen durchgeführt werden kann, wenn man sich auf einen einheitlichen Wahlvorschlag geeinigt habe und niemand dagegen widerspreche.

Er fragt, ob jemand gegen den vorliegenden Wahlvorschlag und/oder gegen die offene Wahl Einwände habe. Dies ist nicht der Fall.

Jürgen Hoffmann sagt, dass die Idee dieses gemeinsamen Wahlvorschlages von Klaus Hofmann, SPD, gekommen sei, wofür er sich an dieser Stelle auch bedanken wolle. Der gemeinsame Wahlvorschlag solle auch dokumentieren, dass alle Fraktionen geschlossen hinter dem Projekt „Verwaltungsgemeinschaft Allendorf / Bromskirchen“ stünden. Seinen Dank richtet er auch an Erhard Pauly, FDP, der demografische Größe gezeigt habe, in dem er nicht auf eine Mitgliedschaft in der Verbandsversammlung bestanden habe und den Wahlvorschlag mittrage.

Jürgen Kubitzek, BLO, möchte an dieser Stelle im Hinblick auf seine während der gemeinsamen Ausschusssitzung in Bromskirchen ausgesprochene „Enthaltung“ betonen, dass er weder damals noch heute gegen eine Verwaltungsgemeinschaft Allendorf / Bromskirchen gewesen sei. Lediglich das nach seiner Meinung zu schnelle „Abhandeln“ der Satzung und die „Nichtberücksichtigung des Vorschlages, 5 anstatt 3 Vorstandsmitglieder,“ habe ihn zur Enthaltung veranlasst.

Nach diesen Wortmeldungen lässt Vors. Bötzel über den Wahlvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung wählt nachstehende Personen als Mitglieder der Gemeinde Allendorf (Eder) in die Verbandsversammlung der Verwaltungsgemeinschaft Allendorf / Bromskirchen:

Mitglieder der Verbandsversammlung:

Dirk Hofmann (CDU)
Claus Jürgen Müller (CDU)
Günter Pez (BLO)
Hilmar Koch (BLO)
Klaus Hofmann (SPD)
Mario Strieder (SPD)

Stellvertreter:

Michaela Ackermann (CDU)
Stephan Noll (CDU)
Erich Hirt (BLO)
Heinz Kraus (BLO)
Friedhelm Jakobi (SPD)
Günter Wickenhöfer (SPD)

Nachrücker:

Ulrich Kirchhübel (CDU)
Timo Maurer (CDU)
Svetlana Clemens (BLO)
Dirk Hesse (BLO)
Rosel Krafthöfer (SPD)
Ronald Engel (SPD)

Darüber hinaus wird vereinbart, dass im Falle des Ausscheidens eines Gewählten jeweils ein Nachrücker der gleichen Fraktion Mitglied bzw. Stellvertreter der Verbandsversammlung wird.

Abstimmung: 20 Ja-Stimmen (einstimmig)

TOP 5 I. Nachtragshaushalt 2014

Hierzu erteilt der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Norbert Bötzel, Bürgermeister Claus Junghenn das Wort.

Bürgermeister Junghenn hält nachstehende Rede zur Einbringung des I. Nachtragshaushaltsplanes 2014.

Einbringung Nachtragshaushalt 2014

„Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren,

der § 114 e der HGO nennt die zwingenden Voraussetzungen für die unverzügliche Vorlage einer Nachtragssatzung. Bei exakter Auslegung könnte man zu dem Schluss kommen, ein Nachtrag sei nicht unbedingt erforderlich gewesen.

Nach Auffassung des Gemeindevorstandes zeigt die Darstellung der bereits erfolgten und noch zu erwartenden Veränderungen in Form eines Nachtragshaushaltes ein exaktes Gesamtbild unserer finanziellen Lage. Einzelbeschlussfassungen, die sicherlich ebenfalls möglich gewesen wären, sind schwieriger ins Gesamtgefüge einzuordnen.

Die Gemeindevertretung hat am 05.02.14 den HH-Plan und die HH-Satzung für das laufende Jahr beschlossen. Im Zuge der Einbringung des Nachtragshaushaltes werde ich im Folgenden auf Veränderungen eingehen und diese begründen.

Betrachtet man die Zahlen des Gesamthaushaltes, so ergeben sich gegenüber der Ursprungsplanung bessere Zahlen. Im ordentlichen Ergebnishaushalt erhöht sich der Überschuss um 66.750,00 € auf 124.831,00 €.

Die Gemeinde Allendorf (Eder) wird somit definitiv im Jahr 2014 einen ausgeglichenen Haushalt haben!

Im Finanzhaushalt reduziert sich der Finanzmittelfehlbedarf um 97.650 € auf nunmehr noch 759.860 €. Durch Rücklagen aus den Vorjahren lässt sich dieser Bedarf jedoch kompensieren. Zum Ende des Jahres wird ein Finanzmittelbestand von 1,962 Mio. € erwartet.

Die zu Beginn des Jahres getroffenen Festsetzungen bei Krediten, Verpflichtungsermächtigungen, Kassenkrediten, Gemeindesteuern und im Stellenplan bleiben unverändert.

Das Investitionsvolumen erhöht sich um 222.000 € auf 3.351.000 €.

Fahrstuhl Gemeindeverwaltung:

Zum Anbau eines Fahrstuhles waren 163.000 € bereitgestellt worden. Im Zuge der Planungen hat sich einerseits ein um 60.000 € erhöhter Kostenbedarf ergeben. Andererseits müssten die Räume in der Verwaltung auf allen Etagen reduziert werden. Auch im Hinblick auf den sich im Zuge der Umsetzung der VG Allendorf/Bromskirchen ergebenden Raum-Bedarf kann seitens des Gemeindevorstandes derzeit keine klare Aussage zur Umsetzung dieser Maßnahme getroffen werden.

Im Zuge der Ausschussberatungen dieses Nachtragshaushaltes wären FÜR und WIDER abzuwägen.

Umbau Bürgerbüro

Insbesondere zur Steigerung der Funktionalität und besseren Einhaltung von Datenschutzvorgaben erscheint eine Komplettumgestaltung des Bürgerbüros sinnvoll zu sein. Hierzu sollen neues Mobiliar und mobile Trennwände angeschafft und der Bodenbelag erneuert werden. Zur Umsetzung dieses Vorhabens sind 20.000 € vorgesehen.

Museen Allendorf und Haine

An diesen Gebäuden werden Reparaturen an den Wänden sowie am Putz erforderlich.

10.200 € sind hierfür eingeplant.

Kindertagesstätten

Positiv zu vermerken ist die Rückzahlung von insgesamt 52.000 € zu viel geleisteten Zahlungen an den Träger im Jahr 2013.

Diese werden jedoch mehr als benötigt für dringende Reparaturmaßnahmen an den Gebäuden. In Allendorf muss für 30.000 € eine dringende Dachreparatur erfolgen, 10.000 € müssen für die Trockenlegung einer Außenwand eingeplant werden. Mit insgesamt 14.500 € schlagen Kanal- und Entwässerungsarbeiten bei den Kitas Battenfeld und Rennertehausen zu Buche.

20.000 € sind als Zuschuss zum Einbau einer neuen Küche in der Kita Battenfeld vorgesehen.

Mit einem prognostizierten Jahresergebnis in Höhe von minus 1,26 Mio. € wird das im Haushalt 2014 geplante Defizit um 22.500 € erhöht.

Investiv werden zur Erneuerung der Zaunanlage in Allendorf und für die Anschaffung eines neuen Spielgerätes weitere 15.000 € angesetzt.

Sportanlagen

Für die Reparatur des Kunststoffbelages der Laufbahn im Stadion wurden 15.000 € benötigt, die Behebung eines Wasserschadens kostete 4.200 €. Dringend erforderlich war die Isolierung von Wasser- und Heizungsrohren im Anbau der Tennishalle, Kosten dafür 4.200 €.

Zur Unterstützung des Sportvereins Allendorf bei der Finanzierung des Mehrgenerationenparks schlägt der Gemeindevorstand einen weiteren Zuschuss in Höhe von 20.000 € vor.

Bauplätze

Erfreulicherweise ist die Nachfrage nach Bauplätzen zurzeit sehr hoch. Die geplante Einnahme von 69.000 € kann auf 150.600 € erhöht werden.

Gemeindestraßen

Im Zuge der Erneuerung der Asphaltdecke im Riedweg (K121) ist beabsichtigt an einigen Stellen auch Gehweg- und Bordsteinerneuerungen vorzunehmen. Voraussichtlich werden dafür 30.000 € benötigt.

Flächenankauf

Im Bauerwartungsland angrenzend an das Wohngebiet „Homburg“ wurde der Gemeinde eine Fläche zum Kauf angeboten. Hierfür werden 40.000 € benötigt.

Außengelände BGH

Nach Leitungsarbeiten an der Nordseite wurde die Oberfläche lediglich geschottert. Es soll nun eine Pflasterung der Fläche erfolgen. Ein Kostenvoranschlag beläuft sich auf 30.000 €. Für die bereits mehrfach zurückgestellte Erneuerung der Bestuhlung im BGH sind 55.000 € im Nachtragshaushaltsentwurf eingestellt.

Steuern/Umlagen

Aufgrund von Nachzahlungen aus Vorjahren ist mit einer Mehreinnahme von 320.000 € zu rechnen, was sich bei den Umlagen mit einer Erhöhung um 74.850 € auswirkt.

Das waren in aller Kürze die wesentlichen Inhalte des vorliegenden Nachtragshaushalts 2014, das Investitionsprogramm wurde nicht geändert.

Somit ergeben sich die abschließenden Gesamtergebniszahlen:

Ergebnishaushalt

Erträge :	22.343.555 €
Aufwendungen:	21.900.584 €
Überschuss:	442.971 €

Finanzhaushalt

Einzahlungen :	3.021.029 €
Auszahlungen :	3.780.889 €
Fehlbedarf :	-759.860 €

Damit beende ich meine Ausführungen zum I. Nachtragshaushalt 2014 und beantrage die Beratung in den Ausschüssen.“

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, den vorgelegten I. Nachtragshaushalt 2014 an die Ausschüsse zu verweisen.

Abstimmung: 20 Ja-Stimmen (einstimmig)

TOP 5 Anfragen

Die Anfragen bzw. Mitteilungen von Erhard Pauly bzgl. der Gebühren und Abrechnung für das Aufhängen von Plakaten sowie wegen Strauch- und Baumschnitarbeiten durch den Bauhof werden von Bürgermeister Junghenn beantwortet und er sichert Weitergabe an die Fachabteilungen zu.

TOP 6 Einwohnerfragestunde

Die Einwohnerin Frau Rositta Kraemer hofft, mit Ihrer Frage „an der richtigen Stelle“ zu sein und fragt, ob Gemeindevorstand und Gemeindevertretung nicht einmal darüber nachdenken könnten, einen Jugendpfleger für die Jugendbetreuung einzustellen. Bürgermeister Junghenn sagt, dass sie sehrwohl mit der Frage in dieser Sitzung an der richtigen Stelle sei. Er erklärt, dass seitens des „Bündnis für Familie“ der Entwurf eines Antrages im Rahmen des LEADER-Programms erarbeitet worden, eine Entscheidung jedoch noch nicht getroffen sei.

TOP 7 Verleihung von Ehrenbriefen des Landes Hessen

Bgm Junghenn hält zu diesem TOP nachstehende Rede:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Arbeit unserer Gemeindegremien steht in den Augen vieler Bürgerinnen und Bürger häufig im Schatten der „großen Politik“, wie die des Bundes und der Länder im Volksmund gern genannt wird, ohne daraus jetzt auf deren Qualität schließen zu können.

Viele schauen darauf, was im Bundestag oder in der Landespolitik passiert, darüber berichten die Medien häufiger in großer Aufmachung, wenngleich auch die kommunalen Parlamente mit ausreichend Schlagzeilen bedacht werden, wenn es kontroverse und somit für die Öffentlichkeit interessante Auseinandersetzungen gab.

Sicher werden in den übergeordneten Parlamenten Entscheidungen von größerer Tragweite getroffen, die uns alle im Rahmen der Bundes- und Landesgesetzgebung mehr oder weniger berühren.

Das bedeutet aber nicht, dass die Entscheidungen auf kommunaler Ebene einen geringeren Stellenwert hätten, im Gegenteil:

Die Angelegenheiten, die aufgrund unserer rechtsstaatlichen Ordnung der sog. kommunalen Selbstverwaltung unterliegen und damit unseren Entscheidungsgremien überantwortet sind, haben nicht weniger Einfluss auf die konkreten Lebensbedingungen als manche Entscheidung des Bundes- oder Landesgesetzgebers.

Vielleicht werden sie auch mit mehr Verantwortungsbewusstsein gefällt, als dies auf Länder- oder Bundesebene der Fall ist, ohne an dieser Stelle unseren Vertretern in Land- oder Bundestag zu nahe treten zu wollen.

Genauer betrachtet ist aber ein Kommunalpolitiker seinen Wählern gegenüber sehr viel unmittelbarer verantwortlich und wird oft viel kritischer und als Einzelpersonlichkeit von seinen Wählerinnen und Wählern wahrgenommen als dies bei manchen Bundestags- oder Landtagsabgeordneten der Fall ist.

Für die Arbeit in unseren kommunalen Entscheidungsgremien sind wir daher nicht nur auf Persönlichkeiten angewiesen, die bereit sind Verantwortung zu übernehmen. - Vielmehr erfordert die konstruktive Mitarbeit auch den Mut und die Bereitschaft, sich bei unpopulären Entscheidungen direkt darüber mit den Betroffenen auseinanderzusetzen. Das kann mitunter intensiver sein als die möglicherweise vorangegangene Debatte in der Gemeindevertretung

Ich spreche in diesem Zusammenhang bewusst vom Mut zu unpopulären Entscheidungen und der Verantwortung für alle Unannehmlichkeiten oder negativen Begleiterscheinungen, die solche Beschlüsse nun einmal mit sich bringen.

Sicherlich wäre es sehr viel angenehmer, nur Wohltaten für die Bürgerinnen und Bürger zu beschließen.

Aber wir sind nun einmal zu verantwortungsbewusstem Handeln verpflichtet, das auf die Zukunft ausgerichtet ist. Daher darf nicht über Sachzwänge und Folgewirkungen hinweggesehen werden.

Sehr oft geht es ja dabei auch um Entscheidungen ohne unmittelbare Auswirkungen für die Bürgerinnen und Bürger.

Aber auch diese werden in der Bevölkerung kritisch betrachtet, je nachdem, welche Position man in dieser Entscheidung vertritt.

Die Vertreter der Gemeinde, ob in Parlament, Ortsbeirat oder Vorstand sind in der Regel anerkannte und bekannte Bürgerinnen und Bürger.

„Wie konntest Du nur dafür den Finger heben?“ Das wird man da mitunter schon einmal kritisch gefragt und muss auch bei Gelegenheiten, in denen man gar nicht damit rechnet, Rede und Antwort stehen.

Manchmal fragt man sich dann, „wieso machst Du das eigentlich?“

Und das Angebot an die Kritiker, doch selbst einmal in der Gemeindevertretung mit zu arbeiten, zieht dann meistens eine lange Liste von Gründen oder auch Ausreden nach sich, mit denen man sich vor der Verantwortung drückt.

Mal so nebenbei an der Theke oder auf der Familienfeier seinen Senf dazugeben ist ja auch viel bequemer!

Ihr, und damit spreche ich die heute zu ehrenden persönlich an, habt es im Laufe Eurer langjährigen Tätigkeit in den Gremien der Gemeinde Allendorf (Eder) nie gescheut Verantwortung zu übernehmen und habt Euch mit der Vertretung Eurer Entscheidungen in den Dienst unserer Gemeinde gestellt.

Ihr habt mit Eurer Arbeit wesentlich dazu beigetragen, dass in der Kommunalpolitik wichtige Ziele über Jahre hinweg kontinuierlich verfolgt wurden und zum richtigen Zeitpunkt in Angriff genommen worden sind.

Ihr habt den Blick auf das Wesentliche nicht verloren.

Euer Verständnis von kommunaler Aufgabenerfüllung war und ist prägend für die Arbeit in unseren Entscheidungsgremien.

Insgesamt lässt sich dies auf den folgenden Nenner bringen:

- *Verantwortungsvolle Wahrnehmung Eurer Aufgaben*
- *Selbstloses sachorientiertes Engagement*
- *Ehrenamtliches Wirken in der immer wertvoller werdenden Freizeit*

Sicherlich ist es bei den meisten so, dass neben der Politik weiteres ehrenamtliches Wirken eine Rolle spielt und Zeit benötigt, was dann auch in den Familien Verständnis erfordert und manchmal sicherlich auch Diskussionen verursacht.

Liebe ehrenamtlich für unsere Kommune Tätige, es bleibt zu hoffen, dass Euer Beispiel Nachahmung findet, denn die Allgemeinheit braucht Menschen wie Euch dringend.

Es ist leider nur eine Minderheit, die danach fragt, was sie für das Gemeinwohl tun kann. Zu viele beschränken sich auf eine Anspruchs- und Erwartungshaltung oder meinen, einer solchen Herausforderung nicht gewachsen zu sein.

Aber nicht nur die kommunale Selbstverwaltung ist Aufgabe der Kommunen, auch im Zuständigkeitsbereich der Judikative, der sogenannten 3. Gewalt unseres Rechtsstaates, gilt es Aufgaben zu übernehmen.

Im Besonderen denke ich hier an das Schiedsgericht. Wie es der Name schon beinhaltet, geht es auch hier um Entscheidungen, die zu treffen sind. In den meisten Fällen vor dem Hintergrund unterschiedlicher Auffassungen, was durchaus den Brückenschlag zu den zuerst genannten Gremien zulässt.

Die Ausübung des Amtes des Schiedsmannes bedarf daher zum Einen einer hohen sozialen Kompetenz und darüber hinaus eines fundierten Fachwissens, um auf rechtlich sicherer Basis entscheiden zu können.

Eine hohe Bereitschaft, sich ehrenamtlich einzubringen geht dabei mit dem Wunsch und Willen einher, ständige Fortbildung zu üben, um wie wir es als frisch gebackener Weltmeister ruhig sagen dürfen, am Ball zu bleiben.

Verbunden mit dem herzlichen Dank der Mitglieder aller gemeindlichen Gremien und auch im Namen der gesamten Bevölkerung habe ich heute die ehrenvolle und zugleich erfreuliche Aufgabe, Ihnen zur Würdigung und Anerkennung Ihres ehrenamtlichen Engagements, den Landesehrenbrief zu überreichen.

Die Verleihung erfolgt aufgrund des Vorschlages des Gemeindevorstandes durch das Land Hessen.

Den Landesehrenbrief erhalten heute:

**Dieter Battenfeld,
Artur Binz,
Jürgen Hoffmann,
Wolfgang Hofmann,**

**Jürgen Kubitzek,
Erhard Pauly
Günter Pez und
Rolf Schubert.**

Ich gratuliere allen abschließend noch einmal ganz herzlich und verbinde damit meinen aufrichtigen Dank für Euer Wirken.

Für die Zukunft wünsche ich weiterhin Motivation und Spaß bei der kommunalpolitischen oder anders gelagerten ehrenamtlichen Arbeit.

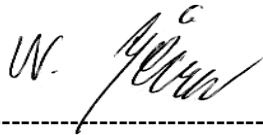
In den Dank schließe ich ausdrücklich die Ehe- oder Lebenspartnerinnen mit ein. Wie beim steuerlichen Ehegattensplitting tragen sie die Hälfte der Last und unterstützen das ehrenamtliche Tun oftmals mit gutem Rat und Hinweisen.

Ich darf nun die Genannten zur Verleihung des Ehrenbriefes des Landes Hessen zu mir bitten.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Anschließend überreicht Bürgermeister Junghenn den Geehrten die Urkunden und

Ende: 21:00 Uhr



Vors. der Gemeindevertretung

Schriftführer(in)

GV-Mitglied

GV-Mitglied